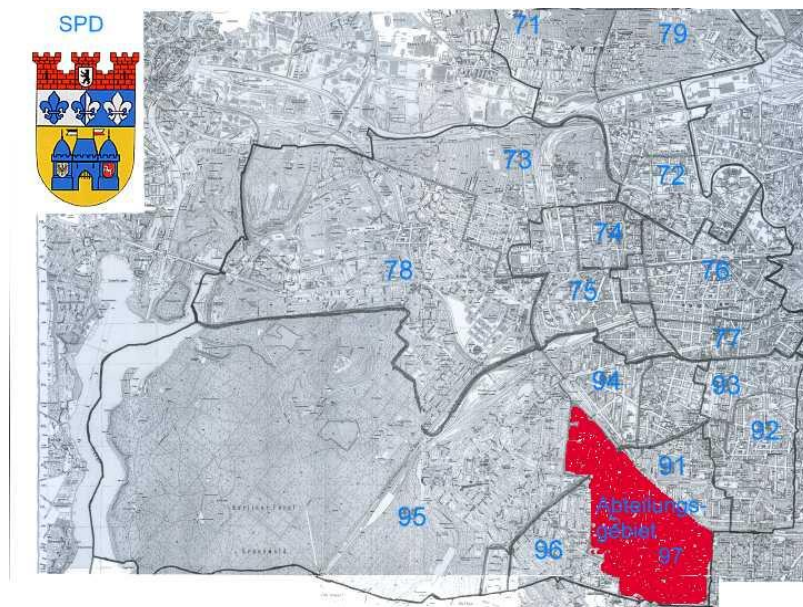


Der Rote Wilmersdorfer Süden

INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER



INHALT:

Auf ein Wort

Bericht über die Mitgliederversammlung am 20. September 2016

Bericht über die Veranstaltung mit Bundesjustizminister Heiko Maas am 2. September 2016

Nachruf auf Jutta Limbach

Termine und Impressum

Auf ein Wort

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen vom 18. September 2016 liegen hinter uns und haben bei vielen gemischte Gefühle hinterlassen. Zwar ist die SPD mit 21,6 % erneut stärkste Partei im Berliner Abgeordnetenhaus geworden und kann daher mit Michael Müller wieder den Regierenden Bürgermeister stellen, jedoch haben wir im Vergleich zu den letzten Wahlen deutlich an Stimmen verloren und einen historischen Tiefstand erreicht. Besonders ärgerlich ist auch, dass die AfD aus dem Stand mit einem Ergebnis von über 14 % erstmals in das Abgeordnetenhaus und in alle Bezirksverordnetenversammlungen einziehen wird.

Wenigstens bei uns im Bezirk sieht es insgesamt allerdings deutlich besser aus. Die SPD konnte von 7 Wahlkreisen 5 Wahlkreise direkt gewinnen und stellt mit Ülker Radziwill, Franziska Becker, Frédéric Verrycken, Frank Jahnke und mir nunmehr 5 Abgeordnete aus Charlottenburg-Wilmersdorf. Durch Eure Unterstützung und mit hohem Engagement ist es uns dabei gelungen, unseren Wahlkreis 7 von der CDU zurückzugewinnen und das Direktmandat zu erobern. Ich möchte Euch allen recht herzlich für Eure Unterstützung auf den unterschiedlichen Feldern, insbesondere aber an den zahlreichen Info-Ständen und bei den Wahlkampfveranstaltungen im Wahlkreis danken. Ohne Euch wäre dieser Kraftakt nicht gelungen.

Bei der Wahl zur BVV sind wir diesmal ebenfalls als stärkste Kraft vor der CDU eingelaufen und werden daher auch zukünftig mit 2 Stadträten im Bezirksamt vertreten sein. Mit Reinhard Naumann werden wir obendrein erneut den Bezirksbürgermeister stellen. Reinhard und sein „Team Naumann“ haben in diesem Wahlkampf einen herausragenden Einsatz für den gesamten Bezirk wie auch direkt zu unserer Unterstützung geleistet. Dafür auch an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank.

Gratulieren möchte ich auch Constanze Röder, die als wiedergewählte Bezirksverordnete weiterhin als kompetente Ansprechpartnerin zur Verfügung steht. Erfreulich ist ferner, dass in Charlottenburg-Wilmersdorf, anders als in 7 anderen Bezirken Berlins, die AfD keinen Bezirksstadtrat stellen kann.

Die Wahl in das Abgeordnetenhaus ist für mich eine Verpflichtung als direkt gewählter Abgeordneter die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Kiezes im Berliner Parlament zu vertreten. Dazu wird mir in Kürze auch ein Abgeordnetenbüro vor Ort ebenso zur Verfügung stehen, wie die Möglichkeit, Wahlkreismitarbeiter/innen zu beschäftigen. Dies verschafft uns und mir die Gelegenheit, Präsenz zu zeigen und Themen sowie Probleme der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen. Aber auch auf Eure Unterstützung bin ich in besonderem Maße angewiesen; denn Ihr wisst am Besten, was die Menschen vor Ort bewegt. Zögert also nicht, in unseren Mitgliederversammlungen, in den Jour fixes, in denen wir künftig speziell Themen aus dem Kiez erörtern wollen, und auch sonst, mich anzusprechen und Hinweise und Ratschläge zu geben.

In unserer Mitgliederversammlung am 20. September 2016 haben wir in einer ersten Analyse die Ergebnisse bewertet. Hierüber berichten wir in diesem RWS. Insgesamt müssen wir uns als Partei dem Ergebnis der Wahlen stellen und hieraus Konsequenzen ziehen. Hierbei geht es insbesondere darum, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen und Antworten auf die Fragen der Menschen in unserer Stadt zu finden, damit den Populisten, die auch Sammelbecken der Unzufriedenen sind, die Grundlage für ihr Agieren entzogen wird. Dies wird schon die bevorstehenden Koalitionsgespräche beeinflussen und es bleibt abzuwarten, wie mit den künftigen Koalitionspartnern eine Agenda für die nächsten 5 Jahre verabredet werden kann, damit die Punkte, die die Menschen im Wahlkampf bewegt haben, auch sachgerecht behandelt werden können. Hierzu gehört neben den Schwerpunktthemen aus unserem Wahlprogramm auch das Funktionieren der Infrastruktur, zu der auch eine arbeitsfähige öffentliche Verwaltung gehört. Insgesamt wird es aber auch in einer Dreierkoalition nicht einfacher werden.

Ich werde mich in der Zukunft zur Thematik der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ebenso einbringen, wie zu den Fragen der inneren Sicherheit. Deshalb habe ich mich besonders gefreut, dass

unser Justizminister Heiko Maas am 2. September bei uns im Wahlkreis war und mit mir zu diesem Thema diskutiert hat. Auch über diese Veranstaltung berichten wir in diesem RWS.

Nun geht es daran, in den nächsten Wochen die inhaltlichen und personellen Voraussetzungen für die kommende Wahlperiode bis 2021 zu schaffen. Ich werde dazu in den Mitgliederversammlungen, Jour fixes und im RWS regelmäßig berichten. Aber auch andere Themen bewegen uns. Deshalb lade ich Euch recht herzlich ein, an unserer nächsten Mitgliederversammlung am 4. Oktober 2016 teilzunehmen, in der wir über die Folgen des Brexit für Europa sprechen wollen. Auf unserem Jour fixe am 25. Oktober 2016 werden wir dann über den Stand der Koalitionsverhandlungen sprechen können.

Herzlichst
Euer
Florian Dörstelmann

Bericht über die Mitgliederversammlung am 20. September 2016

Zu Beginn der Sitzung gedachte Florian Dörstelmann der ehemaligen Berliner Justizsenatorin und Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes Jutta Limbach, die Mitte September im Alter von 82 Jahren verstorben ist und Mitglied unserer Abteilung 97 war. Florian Dörstelmann würdigte dabei die herausragende Lebensleistung von Jutta Limbach, die sich besonders durch ihre sozialdemokratisch geprägte Menschlichkeit ausgezeichnet und entscheidende Impulse im bundesrepublikanischen Rechtswesen gesetzt hat. Einen Nachruf auf Jutta Limbach haben wir in dieser Ausgabe abgedruckt.

In der anschließenden Wahlanalyse zur Abgeordnetenhauswahl vom 18. September 2016 dankte Florian Dörstelmann zunächst allen aktiven Genossinnen und Genossen beider Abteilungen für ihre große Unterstützung im Wahlkampf, die dazu beigetragen haben, dass er für die SPD den Wahlkreis 7 zurückgewinnen konnte und damit Wilmersdorf-Süd und Schmargendorf wieder mit einem Abgeordneten im Abgeordnetenhaus vertreten ist. Besonders dankte er noch dem Wahlkreismanager Daniel König für sein Engagement während des Wahlkampfes.

So erfreulich auch der Umstand ist, dass in Charlottenburg-Wilmersdorf die SPD in nun wieder 5 von 7 Wahlkreisen die Direktkandidaten stellt und in den beiden übrigen Wahlkreisen den Abstand zur CDU verringern konnte sowie für die BVV wieder deutlich vor der CDU liegt, so unbefriedigend ist doch das Gesamtergebnis für die SPD auf Landesebene. Zwar ist die SPD wieder die stärkste Partei geworden und mit 21,6 % die einzige Partei, die über 20 % der abgegebenen Stimmen gekommen ist, hat dennoch $\frac{1}{4}$ der Wählerinnen und Wähler der letzten Wahl verloren. Besonders bedeutsam ist dabei, dass die AfD mit 14,2 % nicht nur den Sprung in das Abgeordnetenhaus erreicht hat, sondern insbesondere in den Ostbezirken, aber auch z.B. in Charlottenburg-Nord, deutlich über 20 % der Stimmen erreichen konnte. Dies ist durch die Wanderungsbewegung von der CDU (39.000), den Kleinstparteien (46.000) und den Nichtwählern (69.000), aber auch von der SPD (24.000) erzielt worden. Hierbei war nicht nur die Flüchtlingssituation ausschlaggebend, sondern die allgemeine Unzufriedenheit mit den bisherigen im Senat und Abgeordnetenhaus vertretenen politischen Parteien. Die etablierten demokratischen Parteien müssen dies als Alarmsignal verstehen und ihre künftige Arbeit darauf ausrichten, indem sie sehr viel stärker als bisher auf die Fragen und Probleme der Bürgerinnen und Bürger eingehen. Bemerkenswert ist auch, dass die Linke in Berlin an Stimmen zugewonnen hat und im Ergebnis noch vor den Grünen liegt. Die CDU ist insgesamt bei 17,6 % der Zweitstimmen angekommen.

Florian Dörstelmann wies darauf hin, dass das Wahlergebnis für die Regierungsbildung nur eine Dreierkoalition in Frage kommt. Mit den Sondierungen wird am 21. September 2016 begonnen. Auch wenn eine Koalition mit den Linken und den Grünen wahrscheinlich ist, führt Michael Müller zunächst auch Gespräche mit der CDU und der FDP, weil auch eine Koalition mit diesen Parteien knapp rechnerisch möglich ist. Er informierte auch darüber, dass sich die alte und neue Fraktion am 20. September 2016 getroffen hat und dabei auch ein personeller Austausch festzustellen ist, zumal einige langjährige Abgeordnete nicht mehr kandidiert haben bzw. ihre Wahlkreise nicht gewinnen konnten und somit nicht in das Abgeordnetenhaus einziehen werden. Dazu gehören u.a. die Bildungssenatorin Sandra Scheeres und der ehemalige Landesvorsitzende Jan Stöß.

Die CDU-Fraktion hat ihren bisherigen Fraktionsvorsitzenden Florian Graf wieder gewählt, der bisherige Innensenator Frank Henkel hat seinen Rücktritt vom Landesvorsitz angekündigt (Nachfolgerin soll Monika Grütters werden) und der bisherige Justizsenator Thomas Heilmann hat seinen Wahlkreis gegen Matthias Kollatz-Ahnen nicht gewinnen können und ist auch nicht über die Liste in das Abgeordnetenhaus gekommen.

Das neue Abgeordnetenhaus wird sich am 27. Oktober 2016 konstituieren. Alterspräsidentin wird Brunni Wildenhein-Lauterbach, die für die SPD in Mitte wieder ihren Wahlkreis direkt gewinnen konnte.

Philipp Mühlberg gratulierte im Namen des Vorstandes der Abteilung 96 Florian Dörstelmann zu seiner Wahl und dankte zugleich allen aktiven Genossinnen und Genossen für ihren engagierten Wahlkampf. Hierbei wurde deutlich, dass gerade der offensive Straßenwahlkampf gewinnbringend für das Ergebnis ist, da hier die Möglichkeit besteht, unmittelbar und direkt auf die Fragen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger einzugehen. Dabei hat sich auch gezeigt, dass die SPD in ihrem Wahlkampf mit den Feldern Wohnen, Bildung und Arbeit auf die richtigen Themen gesetzt hat, auch wenn dies nicht bei vielen Wählerinnen und Wählern verfangen hat. An Florian Dörstelmann gerichtet wies Philipp Mühlberg auf seine besondere Verantwortung als direkt gewählter Abgeordneter hin und forderte ihn auf, aktiv die Landespolitik mitzugestalten.

Anschließend trug Udo Rienaß die Ergebnisse aus dem Land, dem Kreis und unserem Wahlkreis sowie den einzelnen Stimmbezirken vor. Bei den Zweitstimmen in Berlin erreichte die SPD 21,6 %, bei den Erststimmen waren dies 24,8 %. Im Westteil hat die SPD insgesamt 4,8 % verloren und 23,3 % der Zweitstimmen erreicht, im Ostteil beträgt der Verlust 9,6 % und es konnten insgesamt nur 19,3 % erreicht werden. Bei der CDU stellt sich das Ergebnis wie folgt dar: Zweitstimmen 17,6 %, Erststimmen 19,8 %. Im Westteil hat die CDU 8,8 % verloren und 21,0 % erreicht, im Ostteil betragen die Verluste 1,1 % bei einem Ergebnis von 13,2 %. Die Grünen erreichen bei den Zweitstimmen 15,2 % und bei den Erststimmen 15,8 %. Im Westteil haben sie 3,3 % verloren und 16,8 % erreicht, im Ostteil waren es 12,3 % bei 1,0 % Verlust. Die Linken haben insgesamt 15,6 % Zweitstimmen und 15,4 % Erststimmen erreicht, und zwar 9,9 % im Westteil (+ 5,7 %) und 23,4 % (+0,6 %) im Ostteil. Bei der FDP ergeben sich ein Zweitstimmenanteil von 6,7 % und ein Erststimmenanteil von 5,6 %. Im Westteil der Stadt gewinnt die FDP um 6,4 % auf 8,7 % und im Ostteil um 2,8 % auf 4,0 %. Die AfD erreicht 14,2 % Zweitstimmen und 14,1 % Erststimmen, davon im Westteil 12,2 % und im Ostteil 17,2 % der Zweitstimmen. Besonders hohe Stimmenanteile sind in Marzahn-Hellersdorf mit 23,6 %, Treptow-Köpenick mit 20,5 %, Lichtenberg mit 19,0 %, aber auch in Spandau mit 16,6 % und Reinickendorf mit 16,1 % zu verzeichnen. In Charlottenburg-Wilmersdorf sind es 10,3 %.

In Charlottenburg-Wilmersdorf haben die SPD 22,9 %, die CDU 20,4 %, die Grünen 18,5 %, die Linken 9,3 % und die FDP 12,3 % der Zweitstimmen erreicht. Im Wahlkreis hat Florian Dörstelmann 27,4 % der Erststimmen erreicht und liegt damit 543 Stimmen vor dem CDU Kandidaten, der 25,1 % erzielt hat. Bei den Zweitstimmen sieht es in unserem Wahlkreis wie folgt aus: SPD 23,2 %, CDU 21,2 %, Grüne 18,1 %, Linke 9,3 %, FDP 10,9 % und AfD 10,5 %. Im Wahlkreis hat die AfD 2.401 Erststimmen und 2.477 Zweitstimmen erhalten.

Zur BVV stimmten in Charlottenburg-Wilmersdorf 25,1 % für die SPD, 21,6 % für die CDU, 19,8 % für die Grünen, 7,9 % für die Linken, 10,3 % für die FDP und 9,7 % für die AfD. In unserem Wahlkreis betragen die Ergebnisse 27,7 % für die SPD, 23,5 % für die CDU, 18,1 % für die Grünen, 8,2 % für die Linke, 10,0 % für die FDP und 10,1 % für die AfD. Damit erhalten die SPD und die CDU je 2 Stadträte und die Grünen einen Stadtrat.

Die im Wahlkreis liegenden Stimmbezirke aus dem Bereich der Abteilung 91 konnten ebenso wie die aus dem Kerngebiet der Abteilung 97 alle geholt werden. Anders sieht dies bei den Stimmbezirken im Gebiet Schmargendorf aus. Hier wurde im Vergleich zur letzten Wahl ein Stimmbezirk für die SPD gewonnen, bei drei weiteren Stimmbezirken gab es ein differenziertes Bild zwischen den Erst- und Zweitstimmen und bei den übrigen Stimmbezirken lag die CDU vorne. Das gleiche Bild ergibt sich bei der Auszählung der Briefwahl. Hier konnte die CDU überwiegend gewinnen.

Constanze Röder ergänzte, dass die AfD in 6 Stimmbezirken in Charlottenburg-Wilmersdorf, vor allem in Charlottenburg-Nord über 30 % der Stimmen erhalten hat. Auch in unserem Wahlkreis gibt es einige Hochburgen der AfD, und zwar um den Fehrbelliner Platz, Kolonie Oeynhausen und Schlangenbergstraße. Da die SPD die stärkste Fraktion in der BVV stellt, hat sie auch das Vorschlagsrecht für den Bezirksbürgermeister. Die erforderliche Mehrheit hierfür beträgt 28 Mandate; die bisherige Zähl-

gemeinschaft mit den Grünen hat jedoch nur 27 Mandate erreicht, sodass ein weiterer Partner gesucht werden muss. Die Liste der Aktiven Bürger hat bei dieser Wahl nicht gezogen. Die AfD stellt mit einem Bezirksverordneten den Alterspräsidenten.

Constanze Röder plädierte angesichts der besonderen Bedeutung der City West dafür, das Stadtentwicklungsressort weiterhin bei der SPD zu belassen und erklärte ausdrücklich, dass sie für dieses Ressort nicht zur Verfügung stehe. Ihr Schwerpunkt ist die Haushaltspolitik.

In der anschließenden Diskussion spielten noch einmal die wahlentscheidenden Themen, wie Flüchtlingssituation, Wohnungsfragen, Rentenpolitik, aber auch Infrastrukturprobleme wie z.B. eine nicht funktionierende Verwaltung eine Rolle. Dabei wurden die Handlungsnotwendigkeiten für den neuen Senat aufgezeigt. Zugleich begrüßten die Mitglieder die neue Möglichkeit bei uns im Wahlkreis sichtbare SPD-Politik zu betreiben, da Florian Dörstelmann als Abgeordneter nunmehr im Wahlkreis ein Büro und Mitarbeiter haben wird und somit auch Angebote vielfältiger Art unterbreiten kann. Hierzu muss allerdings auch ein geeigneter Standort gefunden werden, der eine Brücke zwischen Schmargendorf und dem Rüdeshheimer Platz schlagen kann. Insgesamt gilt es in der Zukunft noch stärker als bisher die Themen und Felder zu bearbeiten, die die Menschen in unserem Kiez berühren.

Bericht über die Veranstaltung mit dem Bundesjustizminister Heiko Maas am 2. September 2016

Am 2. September 2016 sind bei hohem Medieninteresse zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürgern aus Wilmersdorf-Süd und Schmargendorf der Einladung von Florian Dörstelmann in Blackmore's Musikzimmer in der Warmbrunner Straße gefolgt, um mit dem Bundesjustizminister Heiko Maas über die Frage „*Wie sicher ist unsere Freiheit – kann der Rechtsstaat die innere Sicherheit garantieren?*“ zu diskutieren. Gerade angesichts der aktuellen Diskussionen über die Flüchtlingssituation in Europa sowie die islamistischen Terrorangriffe in Frankreich, Belgien und Süddeutschland stellte sich zu Beginn die Frage nach der Garantie der inneren Sicherheit in Deutschland. Heiko Maas betonte dazu, dass die Bundesregierung – auch angesichts der Ereignisse in der Silvesternacht in Köln – die notwendigen rechtsstaatlichen Regelungen zur Verfolgung von Straftaten geschaffen hat, aber zur Durchsetzung der Gesetze die personelle und qualitative Ausstattung sowohl der Bundespolizei als auch der Landespolizeibehörden verbessert werden muss. Mit dieser Aussage unterstützte er auch die Forderungen aus dem Wahlprogramm der Berliner SPD. Heiko Maas verwies aber auch darauf, dass eine Reduzierung dieser Straftaten allein auf ausländische Straftäter und Flüchtlinge viel zu kurz greift, weil die überwiegende Zahl der Straftaten in Deutschland prozentual eben nicht von Flüchtlingen ausgeht. Dennoch spielen die subjektiven Bedrohungsängste in der Bevölkerung, die von der Politik auch ernst genommen werden müssen, eine große Rolle, auch wenn die tatsächliche Gefahr deutlich geringer ist. Deshalb stehen alle Verantwortlichen vor der Herausforderung einer verbesserten Informationspolitik.

Als Scheindebatte bezeichnete dagegen Heiko Maas die Diskussionen zum Burkaverbot, die unter anderem auch vom derzeitigen Berliner CDU-Innensenator Henkel angestoßen wurde und verwies dabei auf das Berliner Neutralitätsgesetz, das seinerzeit vom damaligen Innensenator Ehrhart Körting entwickelt wurde und die heute geforderten Maßnahmen bereits eindeutig regelt.

Ein weiteres Thema waren die Auswirkungen der organisierten Kriminalität auf Staat und Gesellschaft, die häufig fließend mit der Wirtschaftskriminalität verbunden sind. Hier muss mit geeigneten rechtsstaatlichen Maßnahmen gegengesteuert werden. Dies kann allerdings nicht allein von der Bundesregierung und den Bundesländern geleistet werden, da es sich hierbei um ein internationales Phänomen handelt und sehr häufig Organisationen aus dem europäischen Ausland auf diesen Feldern tätig sind. Auch bei der Wirtschaftskriminalität ist eine große internationale Verflechtung zu erkennen.

Ganz eindeutig hat sich Heiko Maas gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren, der über die im Grundgesetz geregelten Möglichkeiten hinausgeht, ausgesprochen. Vielmehr fordert er auch in diesem Zusammenhang eine Stärkung der Polizei.

Da für Florian Dörstelmann und die Berliner SPD die Frage der inneren Sicherheit sehr eng mit der sozialen Sicherheit verknüpft ist, wurde dieser Punkt ebenfalls thematisiert und gefordert, die entsprechenden gesetzlichen Regelungen, wie z.B. bei der Mietpreisbremse zu schärfen. Heiko Maas unter-

stützte dies ausdrücklich und verwies auf Gesetzesinitiativen aus seinem Hause, die aber noch auf den Widerstand der CDU treffen. Zur Stärkung der sozialen Sicherheit verwies Heiko Maas auch auf die zahlreichen Gesetze und Gesetzesinitiativen der SPD im Bund, wie z.B. die Schaffung des Mindestlohns. Abschließend betonte er, dass unser Rechtsstaat die Voraussetzungen geschaffen hat, um die innere Sicherheit zu garantieren, allerdings darf hier auch im Interesse der sozial Schwachen nicht nachgelassen werden, denn „nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten und alle übrigen Bürgerinnen und Bürger brauchen einen starken Staat“. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sicheres Land, in dem die rechtsstaatlichen Instrumente greifen und die individuelle sowie gesellschaftliche Freiheit garantiert und geschützt ist. Dies ist nicht selbstverständlich und bedarf regelmäßig auch der Kraftanstrengung aller Demokraten. Die SPD im Bund und in Berlin steht dafür. Gerade die SPD in Berlin hat in ihrem Wahlprogramm hierzu deutliche Ausführungen gemacht und Handlungsnotwendigkeiten aufgezeigt, die nicht nur Symbolcharakter haben, wie die in den letzten Wochen hektisch aufgelegten Aktivitäten des derzeitigen Innensenators Henkel.

Nachruf auf Jutta Limbach

Am 10. September 2016 ist Jutta Limbach, geborene Ryneck im Alter von 82 Jahren verstorben. Jutta Limbach war Mitglied unserer Abteilung.

Jutta Limbachs Großmutter Elfriede Ryneck war Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und Reichstagsabgeordnete für die SPD, ihr Vater Erich Ryneck (1899–1976) war ebenfalls Sozialdemokrat und von 1946 bis 1948 Bürgermeister des Ostberliner Bezirks Pankow, bevor er mit seiner Familie nach West-Berlin umzog und sein Amt niederlegte. Sie besuchte die Mädchenoberschule und war Schulsprecherin. Das Jurastudium schloss sie 1958 mit dem 1. Staatsexamen, das Referendariat 1962 mit dem 2. Staatsexamen ab. In dem Jahr trat sie der SPD bei. Von 1963 bis 1966 war sie Akademische Rätin am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin. 1966 wurde sie dort zum Doktor der Rechte promoviert. Kurz darauf folgte 1971 die Habilitation mit einer Arbeit über *Das gesellschaftliche Handeln, Denken und Wissen im Richterspruch*.

1972 nahm Jutta Limbach einen Ruf auf eine Professur für Zivilrecht an der Freien Universität Berlin an. 1982 war sie Gastprofessorin in Bremen.

In den Jahren 1987 bis 1989 gehörte sie als Mitglied dem Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an. In den Jahren 1992 und 1993 war sie Mitglied der Gemeinsamen Verfassungskommission des Bundesrats und Deutschen Bundestags.

Nach dem Wahlsieg von Walter Momper bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 1989 wurde sie zur Senatorin für Justiz in Berlin berufen. Dieses Amt hatte sie auch im CDU/SPD-Senator unter Eberhard Diepgen bis 1994 inne. Gleich nach ihrem Amtsantritt musste sie sich mit Hungerstreiks von inhaftierten Terroristen der Roten Armee Fraktion auseinandersetzen. Durch ihre Position der Verständigung – sie traf zwei inhaftierte Frauen zum Gespräch – trug sie maßgeblich zur Beilegung bei. Nach der Wende hatte sie die Aufsicht über die Strafverfolgung der früheren DDR-Staatsspitze wegen des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze.

Im März 1994 wurde sie zunächst zur Vizepräsidentin des Bundesverfassungsgerichts und Vorsitzenden des Zweiten Senats berufen; noch im selben Jahr wurde sie vom Bundestag als Nachfolgerin von Roman Herzog zur Präsidentin des Gerichts ernannt. An der Spitze des Bundesverfassungsgerichts stand sie bis zum Erreichen der Altersgrenze 2002.

Von 2002 bis 2008 war sie Präsidentin des Goethe-Instituts.

Seit 2003 war sie Vorsitzende der „Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz“, auch Limbach-Kommission genannt, die sich als staatliche Institution mit Raubkunst und deren Rückgabe an die Erben befasst.

Außerdem war sie war Mitglied im Stiftungsrat des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels und bis 2007 Vorsitzende des Deutschen Sprachrats, in dessen Auftrag sie das Buch „Ausgewanderte

Wörter“ herausgegeben hat. Seit 2009 war Jutta Limbach die Vorsitzende des Medienrats der Medienanstalt Berlin-Brandenburg.

Im Juli 2007 wurde Jutta Limbach für sechs Jahre in den Universitätsrat der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald gewählt, seit 2011 war sie Vorsitzende des Hochschulrates der Kunsthochschule Berlin-Weißensee.

Jutta Limbach war mit dem Juristen Peter Limbach verheiratet und hatte drei Kinder.

Jutta Limbach hat sich durch ihr vielfältiges Wirken um die Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie verdient gemacht. Wir werden Ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Termine und Impressum

Termine

04. Oktober 2016, 19.30 Uhr Mitgliederversammlung, Thema: „Der Brexit und seine Folgen – ist die EU ein Auslaufmodell?“

25. Oktober 2016, 19.30 Uhr Jour fixe

Impressum:

SPD Landesverband Berlin
Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf
Abteilung 97
www.wilmersdorf-sued.de

Redaktion:

Florian Dörstelmann (V.i.S.d.L.P.)
Udo Rienaß

